

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Rat der Gemeinde		
Sitzung am:	Dienstag, 12.12.2017		
Sitzungsort:	Gastwirtschaft "Querensteder Mühle", Ohrwege, Querensteder Straße 13		
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr	Sitzungsende:	19:35 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ratsvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Frank Arntjen SPD
Herr Edgar Autenrieb DIE LINKE.
Frau Annegret Bohlen SPD
Frau Gunda Bruns ÖDP
Frau Maria Bruns CDU
Herr Dr. Ulf Burmeister CDU
Herr Michael Cordes FDP
Herr Diethard Dehnert Die Zwischenahner
Herr Henning Dierks SPD
Frau Katharina Fischer SPD
Herr Ralf Haake CDU
Herr Dieter Helms CDU
Herr Jan Hullmann Die Zwischenahner
Frau Manuela Imkeit SPD
Herr Bernd Janßen GRÜNE
Herr Horst Karnau SPD
Herr Arne Keil GRÜNE
Herr Peter Kellermann-Schmidt CDU
Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Werner Kruse SPD
Herr Philipp Linnemann CDU
Frau Beate Logemann SPD
Herr Dr. Frank Martin CDU
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Wolfgang Mrotzek Die Zwischenahner
Herr Jochen Osmers CDU
Herr Stefan Pfeiffer CDU
Herr Ludger Schlüter GRÜNE
Frau Kirsten Schwengels CDU
Herr Norbert Steinhoff FDP
Herr Evert-Geert Wassink CDU
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer	Fachbereichsleiter	
Herr Rolf Oeljeschläger	Fachbereichsleiter	
Herr Carsten Meyer	Fachbereichsleiter	
Frau Sabine Krüger	Gleichstellungsbeauftragte	
Herr Lutz Schöbel	Betriebsleiter	bis TOP 6, 19:05 Uhr
Frau Anna Hobbie	Auszubildende	
Frau Heidi Schüll	Protokoll	

entschuldigt fehlen:

die weiteren Mitglieder des Rates

Herr Jonny Deeken	FDP
Herr Martin Ebert	SPD
Herr Klaus Warnken	CDU

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 5 |
| 2. | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 07.11.2017 (Nr. 54) | 5 |
| 3. | Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat | 5 |
| 3.1. | Sitzungstermine 2018 | 5 |
| 3.2. | Eingabe an den Rat
hier: Mängel am Bahnhof in Bad Zwischenahn | 5 |
| 3.3. | Besuch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen | 6 |
| 4. | Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge | 6 |
| 4.1. | Bestellung eines Bezirksvorstehers für die Bauerschaft Ofen
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.1 -
Vorlage: BV/2017/222 | 6 |
| 4.2. | Jahresabschluss 2009
1. Beschluss der Jahresrechnung
2. Entlastung des Bürgermeisters
- WuFT vom 16.10.2017 (Protokoll Nr. 46), TOP 7 -
- VA vom 24.10.2017 (Protokoll Nr. 49), TOP 7.5 -
- VA vom 14.11.2017 (Protokoll Nr. 55), TOP 7.2 -
Vorlagen: BV/2017/156 und BV/2017/202 | 7 |
| 4.3. | Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2017/221 | 7 |

- 4.4. Haushalt 2018 8
a) Haushaltssatzung
b) Stellenplan
c) Investitionsprogramm
- WuFT vom 16.10.2017 (Protokoll Nr. 46), TOP 5 -
- VA vom 14.11.2017 (Protokoll Nr. 55), TOP 7.1 -
- WuFT vom 20.11.2017 (Protokoll Nr. 56), TOP 6 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.4 -
Vorlagen: BV/2017/152, BV/2017/188, BV/2017/203 und BV/2017/203/1
- 4.5. Berufung von Feuerwehrführungskräften in das Ehrenbeamtenverhältnis 13
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.6 -
Vorlage: BV/2017/215
- 4.6. Friedrich Hempen-Stiftung für die Bauerschaft Ofen 14
hier: Änderung der Stiftungssatzung
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.7 -
Vorlage: BV/2017/224
- 4.7. Gymnasium Bad Zwischenahn-Edeweicht 14
hier: Antrag auf Änderung der Organisationsform der Ganztagschule
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2017/223
- 4.8. Bebauungsplan Nr. 162 - Gemeinbedarfsfläche Kindertagesstätte Ofen - 14
hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs-
beschluss
- AJuFaSo/PIEnUm vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 59), TOP 3 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.9 -
Vorlage: BV/2017/217
- 4.9. Vergnügungsstättenkonzept für den Kernort von Bad Zwischenahn sowie für Teile 15
angrenzender Bauerschaften
hier: Behandlung des Ergebnisses der Beteiligungsverfahren sowie Beschluss-
fassung des Konzeptes
- PIEnUm vom 21.11.2017 (Protokoll Nr. 57), TOP 5 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.10 -
Vorlage: BV/2017/200
- 4.10. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - 15
im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs-
beschluss
- PIEnUm vom 21.11.2017 (Protokoll Nr. 57), TOP 6 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.11 -
Vorlage: BV/2017/190
- 4.11. Übertragung von Kanälen von der Gemeindeverwaltung auf die Gemeindewerke 16
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.12-
Vorlage: BV/2017/219
- 4.12. 18. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Bad Zwischenahn zur 16
Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der
Grundstücke
- BetriebWaAb vom 28.11.2017 (Protokoll Nr. 58), TOP 5 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.13 -
Vorlage: BV/2017/205

4.13.	Wirtschafts- und Finanzplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für Wasser und Abwasser für das Wirtschaftsjahr 2018 - BetriebWaAb vom 28.11.2017 (Protokoll Nr. 58), TOP 6 - - VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.14 - Vorlage: BV/2017/206	17
5.	Anfragen und Hinweise	18
5.1.	Weihnachtsspendenaktion der NWZ	18
5.2.	Baugebiet am Mastenweg	18
5.3.	Haushaltssituation der Gemeinde	18
5.4.	Barrierefreie Gestaltung der Bahnsteige	18
6.	Einwohnerfragestunde	18
6.1.	Bürgerprotokolle, Sitzungsablauf	18

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

Der TOP „Einwohnerfragestunde“ ist aus zeitlichen Gründen vorgezogen und nach der Beratung des Haushalts 2018 behandelt worden.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 07.11.2017 (Nr. 54)

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 07.11.2017 (Nr. 54) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

3.1 Sitzungstermine 2018

Die Übersicht mit den Sitzungsterminen für 2018 (VA, Rat, AR BTG und AR KBG ganzjährig, Fachausschüsse teilweise 1. Halbjahr) ist zu Beginn der Sitzung an die Ratsmitglieder verteilt worden. Das Dokument steht auch im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

In den Sitzungskalender werden die Termine nach der Ratssitzung eingefügt. Für die Öffentlichkeit sind die Sitzungstermine dann im Internet unter "www.bad-zwischenahn.de" (Rathaus & Politik/Politik/Bürgerinfosystem) einsehbar.

- 10 -

3.2 Eingabe an den Rat **hier: Mängel am Bahnhof in Bad Zwischenahn**

Eine Einwohnerin hat Mängel am Bahnhof in Bad Zwischenahn mitgeteilt. Die Angelegenheit wird geprüft. Es wurde ein Zwischenbescheid erteilt.

BM Dr. Schilling berichtet, die Verwaltung habe aufgrund wiederholter Anregungen zur aktuellen Aufenthaltssituation für die Bahnreisenden Verhandlungen mit dem Eigentümer des Bahnhofsgebäudes aufgenommen mit dem Ziel, die Bahnhofshalle anzumieten und wieder für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Diese Verhandlungen konnten jetzt erfolgreich abgeschlossen werden. Die Gemeinde mietet ab dem 01.01.2018 die Bahnhofshalle an. Damit können sich gerade im Winter die Bahnreisenden in einem geschlossenen geheizten Raum aufhalten. Damit verbunden seien natürlich auch die Übernahme der Reinigung, wie sie von der Gemeinde auch für den Bahnhofstunnel vorgenommen wird und ein täglicher Schließdienst analog zu den Öffnungszeiten des Tunnelgebäudes.

Unabhängig davon ist damit auch die Funktion des Bahnhofsgebäudes mit dem wesentlichen Element einer Bahnhofshalle wieder hergestellt. Die Uhr am Gebäude soll ebenfalls in Absprache mit dem Gebäudeeigentümer instandgesetzt werden.

- 10 -

3.3 Besuch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen

In der ersten Dezemberwoche haben die Vertreter der Gemeinde, bestehend aus Ratsmitgliedern und Vertretern der Verwaltung sowie des Seniorenbeirates, damit begonnen, die Bewohnerinnen und Bewohner in den sechs Senioren- und Pflegeheimen in der Gemeinde Bad Zwischenahn zu besuchen. Derzeit leben 310 Personen in den Alten- und Pflegeheimen. Viele Heimbewohnerinnen und Heimbewohner freuen sich sehr über den Besuch der Gemeinde und die kleine Anerkennung.

Außerdem wurden 25 Personen besucht, die vor ihrer Heimaufnahme in Bad Zwischenahn gewohnt haben und in einem auswärtigen Heim leben. Viele Heimbewohnerinnen und Heimbewohner besucht die Gemeinde schon seit Jahren. Diese Heime befinden sich in Butjadingen, Brake, Edewecht und Westerstede.

- 50 -

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Bestellung eines Bezirksvorstehers für die Bauerschaft Ofen - VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.1 - Vorlage: BV/2017/222

BM Dr. Schilling verweist auf die eingegangene Bewerbung eines ehemaligen Bürgers der Gemeinde. Das Schreiben ist den Ratsmitgliedern per Mail am 11.12.2017 zur Information übersandt worden.

Auf Anfragen erklärt BM Dr. Schilling, dass der Rat für die Bestellung eines Bezirksvorstehers zuständig ist. Es sei langjährige bewährte Tradition, dass der jeweilige Orts- und Bürgerverein einen Besetzungsvorschlag mache.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde bestellt Herrn Helmut Ohlert zum Bezirksvorsteher für die Bauerschaft Ofen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

4.2 Jahresabschluss 2009

1. Beschluss der Jahresrechnung

2. Entlastung des Bürgermeisters

- WuFT vom 16.10.2017 (Protokoll Nr. 46), TOP 7 -

- VA vom 24.10.2017 (Protokoll Nr. 49), TOP 7.5 -

- VA vom 14.11.2017 (Protokoll Nr. 55), TOP 7.2 -

Vorlagen: BV/2017/156 und BV/2017/202

RM Cordes erklärt, die FDP-Fraktion könne dem Beschlussvorschlag zustimmen. Die aufgetretenen Fragen in der Vorbereitung des Beschlussvorschlages seien zufriedenstellend beantwortet worden. Der Zeitplan zur Aufholung der anderen Jahresabschlüsse aber ambitioniert.

FBL Oeljeschläger berichtet zum Stand der Arbeiten, dass der Jahresabschluss 2010 am Ende des Jahres wohl fertiggestellt sei.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird in der vorgelegten Form beschlossen.
2. Das ordentliche Ergebnis von 3.951.889,61 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, das außerordentliche Ergebnis von 428.985,89 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

BM Dr. Schilling hat an der Beratung und Abstimmung des TOPs nicht teilgenommen und den Sitzungsraum verlassen.

- 20 -

4.3 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.3 -
Vorlage: BV/2017/221

Beschluss:

Die überplanmäßige Ausgabe bei der Buchungsstelle 54.1.10.06/3051.787200 „Erschließung Sportplatz Petersfehn“ in Höhe von 85.000 € wird genehmigt.

Zur Deckung stehen entsprechende Minderausgaben bei der Buchungsstelle 21.1.10.03/3159.787100 „Neubau Mensa GS Petersfehn“ zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	3

- 20 -

4.4 Haushalt 2018
a) Haushaltssatzung
b) Stellenplan
c) Investitionsprogramm
- WuFT vom 16.10.2017 (Protokoll Nr. 46), TOP 5 -
- VA vom 14.11.2017 (Protokoll Nr. 55), TOP 7.1 -
- WuFT vom 20.11.2017 (Protokoll Nr. 56), TOP 6 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.4 -
Vorlagen: BV/2017/152, BV/2017/188, BV/2017/203 und BV/2017/203/1

Die Gesamtzahlen des Haushalts 2018 sowie der Entwurf der Haushaltssatzung sind in der Sitzung nochmals an die Ratsmitglieder verteilt worden.

Stellungnahme Kämmerer

FBL Oeljeschläger führt aus, dem Rat liege der Haushaltsplan 2018 sowie das Investitionsprogramm 2019 bis 2021 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Der Entwurf der Haushaltssatzung beinhalte auch die Summen des Wirtschaftsplanes der Gemeindewerke, der heute ebenfalls zur Beratung und Beschlussfassung unter TOP 4.13 anstehe. Der Haushalt 2018 sei ausgeglichen, sehe hohe Investitionen ohne Kreditaufnahme und einen weiteren Schuldenabbau vor. Auch der Haushalt 2017 sei ohne Kreditaufnahme ausgekommen. Der Haushalt 2018 sei daher das Ergebnis jahrelanger Haushaltspolitik, auch mit Schwerpunkt der Haushaltskonsolidierung, mit guten Jahresergebnissen und guten Strukturen. Hinzugekommen seien die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Im Ergebnis lasse der vorliegende Haushaltsentwurf kaum Wünsche offen, denn es seien trotzdem umfassende Investitionen in die gemeindliche Infrastruktur möglich.

Der Ergebnishaushalt schließe mit einem Überschuss von 1.039.600 € ab. Den Gesamterträgen von rd. 44,8 Mio. € stehen Aufwendungen von rd. 43,7 Mio. € gegenüber. Die Einnahmepositionen seien vorsichtig veranschlagt, die Hebesätze der kommunalen Abgaben bleiben unverändert. Große Ausgabenbereiche seien die Kreisumlage mit 10,45 Mio. € und die Personalausgaben mit 10,5 Mio. €. Der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit betrage rd. 2,1 Mio. €. Dieser Betrag sei ausreichend für die Tilgungsleistungen. Für die Finanzierung der Investitionen könne der Haushalt keinen nennenswerten eigenen Beitrag

leisten. Man gehe aber davon aus, dass aufgrund der vorsichtigen Planung und der weiterhin guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Einnahmen den Haushalt noch weiter verbessern. Der Schuldenstand werde sich in 2018 weiter reduzieren von jetzt 23,8 Mio. € auf dann 21, 8 Mio. €. Auch für die Jahre bis 2021 seien keine Kreditaufnahmen geplant. Die Gemeinde werde sich weiter entschulden können.

Die Gemeinde werde in 2018 rd. 9,3 Mio. € für Investitionen bereitstellen können, rd. 3,2 Mio. € seien hierfür aus den liquiden Mitteln zu finanzieren. FBL Oeljeschläger geht im weiteren Vortrag auf die anstehenden Investitionen/Maßnahmen ein. Abschließend sei festzustellen, dass die Gemeinde Bad Zwischenahn als Kur- und Tourismusort auch besondere finanzielle Belastungen zu tragen habe. Es gelte daher, weiterhin eine nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben. Mit dem Haushalt 2018 bringe die Gemeinde wichtige Investitionen auf den Weg, bei gleichzeitigem weiteren Schuldenabbau. Die Zukunft sei jedoch mit Risiken behaftet, wie z. B. der Änderungen von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, möglichen kostenlosen Kitas mit zusätzlichen Belastungen, Personalkosten, Ganztagschulen. Es sollte daher auch in der Zukunft der Weg der weiteren Haushaltskonsolidierung nicht verlassen werden.

Stellungnahme der CDU-Fraktion

RM Frau M. Bruns erklärt, die Haushaltsdaten seien auf den ersten Blick positiv, es müssen keine neuen Schulden aufgenommen werden und die Gemeinde entschulde sich um weitere 2 Mio. €. Es sei vorgesehen, 9 Mio. € zu investieren, davon sollen rd. 3 Mio. € aus liquiden Mitteln finanziert werden. Die Einnahmesituation habe sich positiv entwickelt, die Grundbeträge im Finanzausgleich seien erhöht worden. Der Ansatz bei den Gewerbesteuern sei vorsichtig kalkuliert; Steuererhöhungen nicht erforderlich. Bei der Ausführung des Haushalts dürfe jedoch „nichts dazwischenkommen“. Es müsse weiterhin gut überlegt werden, wofür Geld ausgegeben werde. Dieses sei auch weiterhin Ziel der CDU-Fraktion. Die Aufnahme von Krediten sei nach Vorgabe der Kommunalaufsicht zurzeit nicht genehmigungsfähig, da zunächst die noch ausstehenden Jahresabschlüsse vorzulegen sind. Der Haushaltsplan 2018 beinhalte Investitionen für Kindertagesstätten und Krippengruppen von rd. 1 Mio. €. Problematisch seien die daraus entstehenden laufenden Folgekosten von rd. 150.000 €, ab 2019 sogar 210.000 € jährlich. Dass künftig alle Kosten vom Land Niedersachsen übernommen werden, könne sie nicht glauben. Man sei verwundert darüber, für die Neuanlegung von Spielplätzen 60.000 € vorzusehen. Die Unterhaltung von Spielplätzen sei im Budget der Kindertagesstätten enthalten. Es sollte dann die Gesamtsituation aller Einrichtungen betrachtet werden. Weitere Investitionen für die energetische Sanierung seien im Haushalt enthalten, sowie für die Sanierung des Strandcafés und der Wandelhalle. Die Wellenbad-Sanierung mit rd. 1 Mio. € sei für 2019 vorgesehen. Der vorliegende Haushalt sei solide aufgestellt, die Entschuldung müsse weitergehen. Bei neuen Investitionen seien die Folgekosten zu berücksichtigen.

RM Dr. Martin unterstreicht nochmals im Laufe der Aussprache, dass für 2018 ein solider Haushalt vorgelegt werde. Die Gemeinde werde voraussichtlich bis 2021 keine Kredite aufnehmen müssen. Der Weg der Haushaltskonsolidierung dürfe nicht verlassen werden. Die Entwicklung der Kita-Kosten sei ungewiss anlässlich der Planungen des Landes Niedersachsen, gebührenfreie Kitas vorzusehen. Trotz der Investitionen in den vergangenen Jahren in die Schulen und Kinderbetreuung konnte der Schuldenstand von rd. 31 Mio. € in 2011 auf rd. 21 Mio. € Ende 2018 reduziert werden. Rat und Verwaltung könnten stolz darauf sein. Er dankt der Kämmerei für die Haushaltsdaten. Durch die personalmäßige Verstärkung sei es jetzt möglich, auch die noch ausstehenden Jahresabschlüsse nachzuholen.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

RM Mickelat weist zunächst darauf hin, dass der 10. doppische Haushalt - also ein Jubiläumshaushalt mit Finanz- und Investitionsplanung und Stellenplan vorgelegt werde. Der Ergebnishaushalt weise einen Überschuss von gut 1 Mio. € aus. Die Liquidität sei ausreichend und Kassenkredite nicht erforderlich. Die Tilgung von gut 2 Mio. € könne ebenfalls

gezahlt werden. Damit würden sich die gemeindlichen Schulden auf 21,7 Mio. € reduzieren und am Ende der Ratsperiode könnten es nur noch 15,4 Mio. € sein. Die Gemeinde werde Investitionen von rd. 10 Mio. € tätigen, ohne Kredite aufnehmen zu müssen. In der Zusammenfassung gesehen sei dieser Haushalt die Fortsetzung der guten Finanzausstattung durch eigene Steuereinnahmen und Zuweisungen des Landes, basierend auf einer starken Wirtschaft und nahezu Vollbeschäftigung. Die Beratungen bis zur heutigen Ratssitzung seien fraktionsübergreifend konstruktiv gewesen.

RM Mickelat gibt dann einen Ausblick auf die Zielführung, Maßnahmen und strategische Handlungsfelder der gemeindlichen Planungen. Es würden bedarfsgerechte Flächen und Wohnhäuser (2,5 ha) und Gewerbeflächen (6,7 ha) bereitgestellt. Die nachhaltige städtebauliche Entwicklung mit Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sei sicherzustellen. Der Kreistag habe die Erstellung eines Wohnraumkonzeptes beschlossen. Dieses solle den Gemeinden als Grundlage für Erschließungsplanungen und finanzieller Fördermaßnahmen bezahlbaren Wohnraumes zur Verfügung stehen. Ein weiteres Projekt sei die Nachfolgenutzung des BWK-Geländes. Man erwarte endlich den Abriss der Gebäude und den Beginn der Neubaumaßnahmen. Auch die Gemeinde müsse dann ihren Anteil einbringen für die Nutzung der übertragenen Flächen.

Die Erstellung eines Baulückenkatasters und ein Konzept zur nachbarschaftsverträglichen Innenentwicklung seien vorgesehen, dabei dürfe aber die Außenentwicklung nicht dem Zufall überlassen werden. Der Gemeindeentwicklungsplan müsse überarbeitet und der demografischen Entwicklung angepasst werden. Die Verbesserung der Wasserqualität des Zwischenahner Meeres sei ebenfalls Thema, die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse bleiben abzuwarten. Es seien vielfältige Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen geplant. Die Digitalisierung – auch im Bereich IT-Infrastruktur und Breitbandversorgung der Schulen sei zu beraten. Die in dem Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe vorgesehene pädagogische Zielsetzung durch Vermittlung sozialer Kompetenz, Integration und Toleranz finde die volle Unterstützung der Fraktion. Mit bescheidenen 20.000 € werden dem Jugendforum Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Krippen- und Kitaplatz würden erhebliche Mittel investiert. Die Mittel, die durch die Übernahme der Kosten durch das Land eingespart werden, sollten für eine verstärkte Unterstützung der Kita-Träger und eine bessere Pädagogik verwendet werden.

Die Entwicklung der Bädersituation solle in einem Arbeitskreis thematisiert werden. Der Zuschussbedarf für das Hallenbad und den Badepark sei hoch, außerdem stehe in den nächsten Jahren die Sanierung des Wellenbades an. Der Sport werde gefördert, die Sportfreifläche in Petersfehn werde um ein Rasenspielfeld erweitert. Die Erschließung koste mittlerweile über 900.000 €. Leider habe der Gemeinde seiner Auffassung nach der Mut gefehlt, eine Kunststofffläche anzulegen, die Kosten wären mittlerweile wahrscheinlich gleich gewesen. Über den Zustand der Sportstätten habe der Landessportbund eine Umfrage bei den Vereinen durchgeführt. Die SPD-Fraktion bitte die Verwaltung, diese Informationen einzuholen.

Die Sanierung der Gemeindestraßen sei ebenfalls eine große Aufgabe, die Sanierung der Ahornstraße sowie unter anderem die Teilsanierung der Dorfstraße und der Straße Am Bloher Forst seien geplant. Gestalten für die Zukunft statt nur asphaltierte Verkehrssicherungsmaßnahmen - so stelle sich die Fraktion die Sanierung vor. Für die Ausstattung einer leistungsfähigen Feuerwehr investiere die Gemeinde ebenfalls wieder erhebliche Mittel in Ofen mit 330.000 € und in Bad Zwischenahn mit 255.000 € sowie 50.000 € für die Ausrüstung mit Digitalfunk. Diese Pflichtaufgabe sei wichtig für alle Menschen in der Gemeinde.

Die Wirtschaftsförderung sei ebenfalls eine wichtige Aufgabe, eine regelmäßige Kontaktpflege zu allen Beteiligten bedeutsam. Ein Leerstand von Geschäften bedeute Stillstand.

Der Haushalt 2018 sei somit vollgepackt mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Die Personalausgaben seien um 5,37 % gestiegen auf 10,5 Mio. €. Die Steigerung um 530.000 € seien tariflich bedingt und durch die Übernahme der Mitarbeiter des Wellenbades. Die Verwaltung erwarte viel Arbeit in 2018. Doch auch in 2017 hätten viele Projekte angestanden. Den Stand der Bearbeitung mit gegebenenfalls zu übertragendem Haushaltsvolumen bitte er bei Gelegenheit mitzuteilen.

Visionäre Gedanken, Ideenvielfalt und die Vision – WIR in Bad Zwischenahn wollen die Gemeinde sein, die im demografischen und digitalen Wandel des Kurortes und der Bauerschaften lebenswert ist und bleibt, für die Region weiterhin ein Einkaufs- und Freizeiterlebnis bietet, führend im gesundheitlichen Engagement im ausgezeichneten Reha-Zentrum, in Bildung und Lebensqualität nicht nur am Zwischenahner Meer.

Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt 2018 zustimmen, erklärt RM Mickelat abschließend. Er dankt FBL Oeljeschläger und der Kämmerei für das aussagekräftige Zahlenwerk.

Stellungnahme Fraktion „Die Zwischenahner“

RM Dehnert erklärt, das Jahr 2017 gehe zu Ende und der Haushalt 2018 liege zur Beschlussfassung vor. Es sei üblich, dass die Fraktionen in der Haushaltsrede eine Einschätzung über die Situation der Gemeinde abgeben. Als kleine Fraktion mit 3 Mitgliedern sei man jeweils auf die Unterstützung der anderen Fraktionen angewiesen, um eigene Vorstellungen umzusetzen. Bei seiner erstmaligen Wahl 2011 sei er angetreten, die Schulden der Gemeinde zu reduzieren, um handlungsfähig zu werden. Der Schuldenstand werde sich von 2011 mit 30,8 Mio. € auf 2018 mit 21,8 Mio. € reduzieren. 9 Mio. € seien getilgt worden und trotzdem habe man in vielen Bereichen, wie Schulen und Kindertagesstätten, investieren können.

Wichtig sei auch eine funktionierende Feuerwehr. Hier dürfe nicht gespart werden. Gutes Gerät und aktuelle Ausstattung in Sicherheit und Arbeitsgerät seien lebenswichtig für die freiwilligen Helfer. Daher spreche er allen Feuerwehrleuten einen besonderen Dank aus.

Die Steuereinnahmen der Gemeinde seien konstant, Steuererhöhungen nicht erforderlich. Die Straßenausbaubeitragssatzung, mit der die Gemeinde Straßensanierungen teilweise auf die Anwohner umlegen könne, sei zurzeit kein Thema. Es sei abzuwägen, ob die Kosten anteilig von den Anliegern oder durch alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde über Steuern zu finanzieren seien. Die Fraktion „Die Zwischenahner“ werde in dieser Ratsperiode einer möglichen Umlage an Anwohner nicht zustimmen.

Die finanzielle Lage der Gemeinde sei insgesamt als gut zu betrachten. Die Einnahmen liegen bei rd. 44 Mio. €. Feste Ausgabenblöcke seien die Personalkosten mit rd. 10 Mio. € und einem großen Block für Instandhaltungen und Ersatzanschaffungen. Diese Bereiche führen zu einer Reduzierung der freien finanziellen Möglichkeiten. Jeder vierte eingenommene Euro gehe in die Personalkosten und stehe für andere Aufgaben nicht zur Verfügung. Für die Straßensanierung werde jeweils ein fester Betrag von zurzeit 600.000 € eingeplant. Dieser Betrag müsste deutlich erhöht werden.

Als Kurortgemeinde seien auch besondere Investitionsschwerpunkte gegeben. Um die Kurbetriebsgesellschaft in ein stabiles Korsett zu bringen, habe die Gemeinde den Kurpark in Pflege und Gestaltung, die Wandelhalle und das Strandcafé übernommen. Die Verluste von 3 Bädern seien auf Dauer nicht finanziell zu stemmen. Ein Arbeitskreis befasse sich deshalb mit dem Bäderkonzept. Für die Umgestaltung des Kurparks sei in 2018 der nächste Bauabschnitt geplant. Es sei sehr positiv, dass zwar keine Seebühne erstellt werde, aber immerhin eine neue Schaubühne im Außenbereich der Wandelhalle.

Ein weiteres Thema sei die Entwicklung des Sportstadions, das bisher noch nicht zu einem Ergebnis geführt habe. Der Aufwand für Unterhaltung, ggf. noch Attraktivierung, stehe in keinem Verhältnis zu den Aufwandskosten.

Insgesamt gesehen sei die Gemeinde derzeit jedoch gut aufgestellt, weil auch die wirtschaftlichen Bedingungen allgemein sehr gut seien und die Gemeinde durch Steuereinnahmen und Finanzausgleich profitiere. Dieses könne sich jedoch auch schnell wieder ändern und die Einnahmen sich wieder verringern. Für diese Herausforderungen brauche man eine gut funktionierende Verwaltung mit motivierten Mitarbeitern und geringe Fluktuation in Bereichen wie der Kämmerei. Für das Aufholen der Jahresabschlüsse sei zusätzliches Personal bereitgestellt worden.

Abschließend bedankt sich RM Dehnert für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Stellungnahme der Fraktion GRÜNE

Mit der Aufholung der Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre sei man auf gutem Weg. Die Fraktion GRÜNE sehe insgesamt positiv in die Zukunft, erklärt RM Schlüter. Ein Problem sei der zunehmende Straßenverkehr. Ein Arbeitskreis werde sich mit der Überarbeitung des Verkehrskonzeptes befassen. Verkehrsprobleme würden aber auch in den Bauerschaften bestehen. Die Fraktion habe deshalb einen Antrag gestellt, die Verkehrssituation in Petersfehn zu problematisieren. Der Landkreis beabsichtige, die Ortsdurchfahrt zu sanieren. Die Gemeinde sollte vorab ihre Vorstellungen formulieren, damit die gemeindlichen Interessen berücksichtigt werden.

Bei den gemeindlichen Fahrzeugen sollte vorrangig die Nutzung von Elektrofahrzeugen geprüft werden. Die Fraktion habe einen entsprechenden Antrag gestellt. Wahrscheinlich sei zunächst mit höheren Kosten zu rechnen, man müsse jedoch die gesamte ökologische Entwicklung im Blick haben.

Im Bereich Wohnungsbau plane die Gemeinde ihre Baugebiete umsichtig und für den Kernort sei eine nachbarschaftliche Innenstadtplanung vorgesehen. In Ofen werde ein gelungenes Mehrfamilienkonzept umgesetzt. Leider sei dies nicht in der Bauerschaft Ohrwege erreicht worden. Auch die Gemeinde sollte sich selbst auf dem freien Grundstücksmarkt engagieren.

Wichtiges Thema für die Fraktion sei auch die Verbesserung der Wasserqualität des Zwischenahner Meeres. Der Zulauf aus Wohngebieten müsse verringert werden. Der zuständige Arbeitskreis sollte bald wieder tagen. Das Meer sei Grundlage für die Tourismusentwicklung Bad Zwischenahns.

Problematisch werde auch die Glyphosat-Entwicklung gesehen. Es gebe immer weniger Insekten und Vögel. Das Produkt sollte auf gemeindlichen Flächen nicht genutzt werden. Er regt an, in einer der nächsten Sitzungen des PlEnUm die Angelegenheit zu beraten.

Trotz der angespannten Haushaltsslage in den vergangenen Jahren sei es gelungen, in Schulen und Kinderbetreuung zu investieren. Infrastruktur der KBG musste übernommen werden, um die Entwicklung der Gesellschaft abzusichern. Der Arbeitskreis Bäder sei eingerichtet worden, ein Bäderkonzept zu erarbeiten. Die 3 Bäder werde man jedoch wohl behalten müssen.

Der Haushalt sehe für die Straßensanierung einen höheren Betrag vor. Die Herrichtung eines Kinderspielplatzes könne er da nicht als Problem sehen. Auch die Spielplätze bei der DLRG in Rostrup sowie in Dreibergen seien sanierungsbedürftig. Der Spielplatz im Kurpark sei im Rahmen der Kurparkumgestaltung neu und kindgerecht angelegt worden. Diese Thematik müsste eigentlich vom AJuFaSo vorberaten werden, sei aber wegen der haushaltsrechtlichen Zuordnung dem StruVA zugeordnet. Er rege deshalb an, die Angelegenheit

zunächst im AJuFaSo zu beraten.

Abschließend könne festgestellt werden, erklärt RM Schlüter, dass der Haushalt solide und die Schulden, trotz erheblicher Investitionen, weiter reduziert werden können.

Stellungnahme der FDP-Fraktion

Die Entwicklung der finanziellen Situation der Gemeinde sei positiv, berichtet RM Steinhoff. Für die Aufarbeitung der Jahresabschlüsse bestehe ein Zeitplan und er sehe gute Perspektiven, dass der Zeitplan eingehalten werde. Wenn die Testate vorliegen, könne die Gemeinde, wenn erforderlich, auch wieder Kredite aufnehmen. Der Haushalt 2018 sehe aber keine neuen Schulden vor, der Schuldenstand konnte in den vergangenen Jahren trotz notwendiger Investitionen in die Infrastruktur reduziert werden und auch in 2018 könne der Schuldenstand um weitere 2 Mio. € gesenkt werden. Die Einnahmen für 2018 seien vorsichtig geplant worden. Den im Plan enthaltenen Investitionen könne zugestimmt werden, das betreffe auch den Spielplatz für 60.000 €. Ein Verkehrskonzept stehe 2018 zur Erarbeitung an, insbesondere die Verkehrssituation an Wochenenden sei zu beordnen. Ein Bäderkonzept sei auch wichtig, um für diesen Bereich mittelfristig Antworten zu haben. Die Baumaßnahmen auf dem BWK-Gelände müssen vorangehen. Die Verwaltung habe darauf zu achten, dass die Vorgaben für den Investor eingehalten werden. Die Entwicklung des seiner Auffassung nach erforderlichen Sportstadions sei ebenfalls ein wichtiger Punkt, der geklärt werden müsse. Für das Jubiläum 2019 seien verschiedenste Aktivitäten angedacht. Man freue sich auf die Vorschläge des Arbeitskreises. Wichtig für die FDP-Fraktion sei eine personelle Verstärkung des Ordnungsamtes. Sicherheit und Ordnung müsse gewährleistet bleiben. Das Medienkonzept für Schulen werde von der Fraktion unterstützt. Es sei wichtig, für die Bildung beste Voraussetzungen zu schaffen. Die nächste Fachausschuss-Sitzung finde allerdings erst im Juni 2018 statt, was aber aus seiner Sicht sehr spät sei. Dass der Ansatz für die Straßensanierung erhöht werde, sei richtig.

Die Integration der Flüchtlinge sei ebenfalls ein wichtiges Thema. Ziel müsse sein, die Sprache zu erlernen, um dann auch einen Beruf zu erlernen oder ausüben zu können.

Abschließend könne festgestellt werden, dass der Haushalt 2018 solide und positiv sei. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung im nächsten Jahr.

Stellungnahme der Fraktion ÖDP/DIE LINKE.

RM Autenrieb verweist bei den vielen vorgesehenen Investitionen auf das damit verbundene Problem der Versiegelung von Flächen für Wohn- und Gewerbegebiete hin. Es dürfe nicht zu einem Ausverkauf der Landschaft kommen; Wachstum sei nicht immer ein vorrangiges Ziel. Der Haushalt sei ansonsten handwerklich gut gemacht, es müsse jedoch mehr zur Erhaltung der Natur in Bad Zwischenahn getan werden.

Beschluss:

Der Haushalt inklusive Haushaltssatzung 2018 und Stellenplan sowie das Investitionsprogramm 2018 bis 2021 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	-

RM Autenrieb war während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum anwesend.

**4.5 Berufung von Feuerwehrführungskräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.6 -
Vorlage: BV/2017/215**

Beschluss:

Abschnittsbrandmeister Heino Brüntjen wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis mit Wirkung zum 01.03.2018 für die Dauer von sechs Jahren zum Gemeindebrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

**4.6 Friedrich Hempfen-Stiftung für die Bauerschaft Ofen
hier: Änderung der Stiftungssatzung
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.7 -
Vorlage: BV/2017/224**

Beschluss:

In die Satzung wird in § 2 Abs. 9 folgende Regelung aufgenommen:

Die Rechtsnachfolger des Stifters erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln der Stiftung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

**4.7 Gymnasium Bad Zwischenahn-Edeweicht
hier: Antrag auf Änderung der Organisationsform der Ganztagschule
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.8 -
Vorlage: BV/2017/223**

Beschluss:

Die Gemeinde Bad Zwischenahn als Schulträgerin des Gymnasiums Bad Zwischenahn-Edeweicht stellt ihr Einverständnis zur Änderung der Organisationsform von der teilgebundenen Ganztagschule zur offenen Ganztagschule für alle Jahrgänge des Gymnasiums Bad Zwischenahn-Edeweicht ab dem Schuljahr 2018/2019 her.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

4.8 Bebauungsplan Nr. 162 - Gemeinbedarfsfläche Kindertagesstätte Ofen - hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
- AJuFaSo/PIEnUm vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 59), TOP 3 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.9 -
Vorlage: BV/2017/217

Auf die Frage des RM Köster erklärt FBL Meyer die Größe und Lage der Außenfläche der Kita sei nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Diese Angelegenheit werde im Rahmen der Ausführungsplanung geregelt.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 162 - Gemeinbedarfsfläche Kindertagesstätte Ofen - mit Begründung vorgetragene Anregungen werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 162 - Gemeinbedarfsfläche Kindertagesstätte Ofen - wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	1

- 40, 61 -

4.9 Vergnügungsstättenkonzept für den Kernort von Bad Zwischenahn sowie für Teile angrenzender Bauerschaften
hier: Behandlung des Ergebnisses der Beteiligungsverfahren sowie Beschlussfassung des Konzeptes
- PIEnUm vom 21.11.2017 (Protokoll Nr. 57), TOP 5 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.10 -
Vorlage: BV/2017/200

RM Arntjen führt aus, es sei allgemein anerkannt, dass Glücksspiel zu einer Sucht werden könne. Je geringer das Angebot, desto geringer auch das Risiko, der Spielsucht zu verfallen. Mit dem vorliegenden Konzept sei die Gemeinde in der Lage, die möglichen Standorte innerhalb des Ortes Bad Zwischenahn auf ein städtebaulich vertretbares Maß zu beschränken. Künftigen Anfragen von Betreibern könne so begegnet werden. Die Vergnügungsstättenverordnung sei bereits angepasst und die Abstände der Standorte auf 500 m festgesetzt worden.

Beschluss:

Dem Vergnügungsstättenkonzept für den Kernort von Bad Zwischenahn sowie für Teile angrenzender Bauerschaften wird als informelle Planung gemäß § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61, 32 -

- 4.10 **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) hier: Behandlung des Ergebnisses der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss**
- PIEnUm vom 21.11.2017 (Protokoll Nr. 57), TOP 6 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.11 -
Vorlage: BV/2017/190

Beschluss:

1. Die im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - mit dazugehöriger Begründung werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 157 - Westlich August-Hinrichs-Straße - wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 61 -

- 4.11 **Übertragung von Kanälen von der Gemeindeverwaltung auf die Gemeindewerke - VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.12- Vorlage: BV/2017/219**

Beschluss:

Bei der Anlegung von Wohn- und Gewerbegebieten stellt die Gemeindeverwaltung die Kanalanlagen komplett her. Bei Wohngebieten werden die Kosten des Schmutzwasserkanales mit den Gemeindewerken abgerechnet, alle übrigen Kosten verbleiben bei der Gemeindeverwaltung, die diese Kosten an die Grundstückskäufer weitergibt. Die Kanäle werden nach Fertigstellung von der Gemeindeverwaltung kostenlos auf die Gemeindewerke übertragen.

Diese Regelungen gelten auch für die in der Beschlussvorlage genannten bereits hergestellten Anlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20, 81 -

- 4.12 **18. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke**
- BetriebWaAb vom 28.11.2017 (Protokoll Nr. 58), TOP 5 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.13 -
Vorlage: BV/2017/205

Beschluss:

Dem Rat der Gemeinde wird empfohlen, die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte 18. Satzung zur Änderung der Satzung nach § 96 des Niedersächsischen Wassergesetzes zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

- 4.13 **Wirtschafts- und Finanzplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für Wasser und Abwasser für das Wirtschaftsjahr 2018**
- BetriebWaAb vom 28.11.2017 (Protokoll Nr. 58), TOP 6 -
- VA vom 05.12.2017 (Protokoll Nr. 60), TOP 7.14 -
Vorlage: BV/2017/206

RM Haake teilt mit, man sei bei den Gemeindewerken wirtschaftlich gut und solide aufgestellt. Es sei geplant, aus dem Wirtschaftsjahr 2018 insgesamt ca. 413.000,00 € in Form einer Eigenkapitalverzinsung und einer Konzessionsabgabe (inklusive einer Nachholung aus Vorjahren) an den gemeindlichen Haushalt abzuführen.

Mit der Kreditaufnahme in Höhe von 800.000,00 € plane man den Bau einer Druckrohrleitung vom Pumpwerk Aue bis zum Pumpwerk Burgweg. So könne man zukünftig eine durchgängige Druckrohrleitung vom Nordufer des Bad Zwischenahner Meeres bis zur Kläranlage vorhalten. Weiterhin sei als wesentliche Maßnahme im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung die Erschließungsmaßnahme am Mastenweg in Ohrwege zu nennen.

Im Bereich der Wasserversorgung werde man den Kiesfilter des gemeindlichen Wasserwerks sanieren und mit der Erweiterung der Transportleitung nach Rostrup fortfahren. Darüber hinaus sei eine Tilgung von Krediten in Höhe von gut 500.000,00 € geplant.

RM Steinhoff erkundigt sich, ob es wirtschaftlich sinnvoller sei, Kreditaufnahmen zu bündeln.

BL Schöbel antwortet, dass man, wenn es die Liquidität zuließe, auch entsprechend verfahren. Allerdings sei eine Bündelung für zukünftige Maßnahmen nach Ansicht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland nicht in jedem Fall zulässig. So dürfe der jeweilige Kredit erst dann aufgenommen werden, wenn die entsprechenden Mittel auch benötigt würden. Andernfalls handele es sich um eine nicht zulässige "Zinswette".

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt den der Beschlussvorlage als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für Wasser und Abwasser für das Wirtschaftsjahr 2018, und zwar

1. im Erfolgsplan
 - a) mit Erträgen in Höhe von insgesamt 6.113.700,00 €
 - b) mit Aufwendungen in Höhe von insgesamt 5.796.800,00 €
 - c) und mit einem Jahresgewinn in Höhe von insgesamt 316.900,00 €
2. im Vermögensplan
mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von insgesamt 2.077.500,00 €
3. Zur Finanzierung der Investitionen im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung ist die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 800.000,00 € vorgesehen.
4. Der Finanzplan der Gemeindewerke Bad Zwischenahn für Wasser und Abwasser für die Wirtschaftsjahre 2017 bis 2021 (bestehend aus den Teilfinanzplänen der Betriebszweige Wasserversorgung, Schmutzwasserbeseitigung und Niederschlagswasserbeseitigung) wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 81 -

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Weihnachtsspendenaktion der NWZ

RM Janßen verweist auf die Spenden-Aktion der NWZ. Es werde eine Einrichtung gefördert, die für Familien mit behinderten Kindern eine Kurzzeitpflege ermöglichen.
GL Frau Krüger ergänzt, die Spendenaktion werde auch durch Veranstaltungen auf dem Weihnachtsmarkt unterstützt.

- GL -

5.2 Baugebiet am Mastenweg

RM Dr. Burmeister regt an, wenn dort kein Radweg angelegt werden könne, eine 30er-Zone einzurichten.

FBL Meyer berichtet, man sei zurzeit im Gespräch mit der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde. Es werde aktuell geprüft, das Ortsschild vor die Kurvenlage des Mastenweges in westliche Richtung vorzuziehen. Dann wäre dort eine Begrenzung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h gegeben.

- 66 -

5.3 Haushaltssituation der Gemeinde

RM Wassink geht noch einmal auf die Haushaltsberatung ein. Bei allen Investitionen seien die Folgekosten zu berücksichtigen. Die Gemeinde müsse weiter bestrebt sein, die Schulden zu reduzieren. Es dauere noch 10 bis 11 Jahre, bis die Gemeinde schuldenfrei sei.

- 20 -

5.4 Barrierefreie Gestaltung der Bahnsteige

RM Steinhoff erkundigt sich, ob auch der Ausgang des Fahrstuhls an die neue Höhe der Bahnsteige angepasst werde.

FBL Meyer erklärt, die Niveau-Angleichung werde über eine Rampe realisiert.

- 66 -

6 Einwohnerfragestunde

6.1 Bürgerprotokolle, Sitzungsablauf

Ein Bürger weist darauf hin, dass das Protokoll der Sitzung des Kultur- und Sportausschusses vom 25.10.2017 noch nicht im Sitzungsinfo-System einsehbar sei. Er regt außerdem an, bei wichtigen Tagesordnungspunkten den Sachverhalt für Bürger darzustellen.

Anmerkung:

Das Bürgerprotokoll des Kultur- und Sportausschusses ist im Info-System einsehbar.

- 10 -

Nicht öffentlicher Teil

RV Finke schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Ratskolleginnen und -kollegen sowie bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Er wünscht allen Sitzungsteilnehmern ein frohes Weihnachtsfest sowie Glück und Gesundheit im neuen Jahr.

Finke
Ratsvorsitzender

Dr. Schilling
Bürgermeister

Schüll
Protokoll